der wesentlichsten Konfliktsstoffe, den militärischen Ausnahmezustand, gerade noch rechtzeitig beseitigen zu wollen — wenigstens angekündigt hat) vor allem die Emminger'schen Justizgesetze, die Neuregelung der Arbeitszeit und die Luther'sche Steuerpolitik, insbesondere die dritte Steuer-Notverordnung. Gewiß hat es sich hier um die Bearbeitung sehr schwieriger Materien gehandelt, und sicherlich auch gibt es im Reichstag mehr als einen Abgeordneten, der im Herzen froh darüber ist, daß diese in jedem Fall äußerst wirrwarrige Arbeit auf dem resoluten Wege der Notverordnung erledigt zu sein scheint — das Parlament in seiner Gesamtheit wird sich mit solchen Bequemlichkeitsgründen aber nicht beruhigen können. Namentlich die dritte Steuer-Notverordnung mit ihrer einseitigen Belastung der städtischen Mieter, ihrer Schonung der Inflations-Kredit-Gewinnler und der Landwirtschaft, ihrer Enteignung der Sparkassen- und Pfandbrief-Gläubiger fordert schärfste Kritik heraus, um so mehr, als die Regierung an dem durchaus vernünftigen demokratischen Vorschlag, statt der Mietssteuer Zuschläge zur Vermögenssteuer zu erheben (die je nach den Gewinnen und Verlusten, die der einzelne durch die Inflation davongetragen hat, gestaffelt sein sollten), vorübergegangen ist, um das „produktive Kapital" nicht zu belästigen. Daß die Mietssteuer mit ihren unvermeidlichen Folgen auf sozialhygienischem Gebiet die Lebenskraft der städtischen Bevölkerung, also ein mindestens ebenso produktives Kapital, aufs schwerste schädigen muß, scheint der Regierung demnach weniger bedenklich zu sein, wird aber sicherlich zu schweren parlamentarischen Angriffen gegen sie führen. Denn es ist ja keineswegs so, wie es nach den offiziösen Darstellungen scheinen möchte, daß die Regierung zur Notverordnung gegriffen habe, nachdem die Vertreter der Parteien sich im wesentlichen damit einverstanden erklärt hätten; im Gegenteil: weil die Parteien sich nicht einigen konnten, weil jede von ihrem Standpunkt aus gewichtigste Einwendungen gegen die Pläne der Regierung erhob und weil die Geltungsdauer des Ermächtigungsgesetzes nur noch nach Stunden zählte, wurde die Notverordnung unterzeichnet. Sie ist gegen den Willen aller Parteien zustande gekommen und hat demzufolge von allen Parteien stürmische Angriffe im Parlament zu gewärtigen.

Nur im Vorübergehen sei dann noch daran erinnert, daß dem Reichstag nicht nur auf dem innerpolitischen Gebiet ereignisreiche Auseinandersetzungen bevorstehen dürften. Seit dem Auftreten Macdonalds, seit dem Erscheinen der internationalen Sachverständigen-Kommission in Berlin sind ganz neue Impulse in die große internationale Politik gekommen. Damit aber erhebt sich die Frage, ob die Persönlichkeiten, die gegenwärtig die Außenpolitik Deutschlands leiten, das Format haben, das in diesen plötzlich so sehr erweiterten Rahmen hineinpaßt. Wenn Ramsay Macdonald spricht, so findet seine Stimme einen ungeheuren Widerhall bei den Massen der Völker. Ob sich Aehnliches von Herrn Stresemann behaupten läßt? Symptome aus jüngsten Tagen, etwa die Flaggenaffäre von Washington oder die Idee, Herrn v. Rosenberg, Cunos vollkommen sterilen Außenminister, als Botschafter bei der neuen Türkei zu verwenden, müssen, gelinde gesagt, mißtrauisch stimmen. Auch hier erwächst dem Reichstag in seiner kommenden Session jedenfalls die Pflicht zu ernstester Aufmerksamkeit und, wenn es nötig werden sollte, zu rascher und rechtzeitiger Korrektur....

*

Berlin, 16. Februar. (Eig. Tel.) Der Reichstag nimmt in der nächsten Woche seine Arbeiten wieder auf. Die erste Vollsitzung findet am Mittwoch, den 20. Februar, statt. Sie beginnt um 3 Uhr nachmittags. Auf der Tagesordnung steht zunächst ein Vertrag mit Oesterreich über gegenseitigen Rechtsschutz und Rechtshilfe, ein Gesetz über Danziger und memelländische Rechtsangelegenheiten, eine Vorlage zur Aenderung der Kraftfahrzeuglinien-Verordnung, endlich die von Sozialdemokraten, Zentrum, Deutscher Volkspartei und Deutschnationalen eingebrachte Pfalzinterpellation in Verbindung mit dem Antrag Hergt wegen der Aburteilung der im besetzten Gebiet des Hochverrats beschuldigten Personen.

Der Aeltestenrat des Reichstages ist für Montag nachmittag einberufen. Um 3 Uhr wird dann der Auswärtige Ausschuß zusammentreten, in dem Außenminister Stresemann voraussichtlich eingehendere Mitteilungen über die außenpolitische Lage machen wird. Er dürfte dabei auf die Berliner Sachverständigen-Beratungen, auf die Goldbankpläne, aber auch auf den Washingtoner Flaggen-Zwischenfall näher eingehen.

Von der Session des Plenums sind fürs erste wohl noch keine Sensationen zu erwarten, da die Stellung aller Parteien zur Pfalzfrage im allgemeinen übereinstimmend sein dürfte. Erregter dürfte die Debatte erst werden, wenn die Regierung, wie sie es angeblich beabsichtigt, mit einer programmatischen Erklärung vor den Reichstag treten sollte.

Zur Reichswahlreform

Dresden, 16. Februar. (Eig. Tel.) Im Rahmen des Gesetzentwurfes über die Aenderung des Reichswahlgesetzes ist auch eine Aenderung in der Abgrenzung der Wahlkreise vorgesehen. Wie verlautet, sieht der Entwurf für Sachsen zwölf Wahlkreise vor, und zwar: Stadt Dresden, Bautzen, Zittau, Meißen, Grimma, Leipzig-Ost, Leipzig-West, Freiberg, Chemnitz, Glauchau, Zwickau und Plauen. Diese zwölf Wahlkreise bilden zusammen einen Wahlkreisverband.

Freunde des Ausnahmezustandes

Wie berichtet wurde, ist in einem Briefwechsel zwischen dem Reichspräsidenten und dem Oberbefehlshaber der Reichswehr v. Seeckt festgestellt worden, daß die Verhältnisse, die zur Verkündigung des militärischen Ausnahmezustandes geführt haben, nicht mehr bestehen und daher der Ausnahmezustand selber aufzulassen sei. Man sollte meinen, daß dies jedem Bürger willkommene Botschaft sei und von niemand angefochten werden könne. Denn welcher Deutsche, dem an dem guten Namen seines Vaterlandes nur das geringste gelegen ist, sollte einen Zustand verlängert zu sehen wünschen, den man in einem bestimmten Augenblick für zweckmäßig, doch zu keiner Zeit für ruhmvoll und dem Ansehen der Deutschen Republik besonders förderlich halten konnte! In der Tat hatte der Ruf der deutschen Gesittung in der Welt gewiß keinen Vorteil davon zu erwarten, daß hier nach amtlicher Behauptung die Achtung vor dem Gesetz nur dadurch zu erzwingen war, daß man alle staatliche Gewalt den Befehlshabern der bewaffneten Gewalt überantwortete, die dazu nicht einmal durch ein Volksheer, sondern durch eine Berufsarmee vertreten ist. Auch konnte es keinem Zweifel unterliegen, daß viele Nationen, einschließlich der deutschen selber, weit unruhigere Zeiten verlebten als es diejenigen waren, in denen die Ordnung bei uns angeblich nur mit Hilfe des militärischen Ausnahmezustandes aufrechterhalten werden konnte.

Diese und ähnliche Erwägungen der nationalen und persönlichen Würde der Deutschen schienen es auszuschließen, daß sich, nachdem sich der Reichspräsident in Uebereinstimmung mit dem militärischen Oberbefehlshaber selber für die Wiederherstellung des bürgerlichen Rechtszustandes ausgesprochen, irgendeine Stimme dagegen erheben könnte. Dieser erstaunliche Fall ist dennoch eingetreten. Es haben sich Leute gefunden, die militärischer als das Militär gesinnt sind. Sonst stets zu einem aus den Gewohnheiten des alten Regimes überkommenen Respekt vor der Uniform geneigt, finden sie plötzlich den Mut zum Widerspruch, zu Protestdepeschen gegen das Gutachten des obersten Militärbefehlshabers, durch das die Voraussetzungen des Ausnahmezustandes als nicht mehr gegeben erklärt werden. Es ist selbstverständlich, daß General v. Seeckt seine Meinung nicht ohne die triftigsten Gründe und auf Grund von Informationen ausgesprochen hat, die ihm ja aus dem Kreise der ihm untergeordneten Beamtenschaft reichlich zur Verfügung stehen. Jene Leute aber wissen es besser. Zur Stütze ihrer gegenteiligen Meinung vermögen sie zwar, obwohl sie sich doch sicherlich die größte Mühe gaben und nicht wählerisch waren, nur einige Vorkommnisse anzuführen, die weder der Zahl noch der Art nach geeignet sind, eine so extreme und dem Geist der republikanischen Verfassung zuwiderlaufende Maßregel zu rechtfertigen, wie die Uebertragung der staatlichen Gewalt an die militärischen Befehlsstellen es sind. Auch ohne plausible und öffentlich eingestehbare Gründe anführen zu können, verlangen sie, daß der Ausnahmezustand aufrechterhalten, die Befehlsgewalt in der Deutschen Republik auch fernerhin von dem Militär ausgeübt werde — das durch den Mund seines obersten Vorgesetzten die Rückkehr zum Normalzustand für angezeigt erklärt.

Man kann für den Augenblick darauf verzichten, auf die besonderen Motive einzugehen, die gewisse Kreise im Lande Sachsen veranlaßt haben, für die Beibehaltung des militärischen Ausnahmezustandes einzutreten, dessen Beseitigung jedem Republikaner nach dem Gutachten des Generals v. Seeckt als dringlich erscheinen muß. Man kann auf solche Untersuchung bis auf weiteres um so eher verzichten, als man doch wohl darauf rechnen darf, daß die Reichsregierung, der der Leumund aller deutschen Länder am Herzen liegen muß, den Bemühungen der erstaunlichen Leute widerstehen wird, die sich so begierig zeigen, ihre engere Heimat durch die Fortdauer eines für das übrige Reich aufgehobenen Ausnahmezustandes vor dem In- und Ausland angeprangert zu sehen.

*

Dresden, 16. Februar. (Eig. Tel.) Die Hetze gegen die Aufhebung des Ausnahmezustandes in Sachsen hat pünktlich eingesetzt. Bereits am Donnerstag hat die Landtagsfraktion der Deutschen Volkspartei einen Schritt in der Richtung unternommen, in Berlin die Aufbewahrung des Ausnahmezustandes für Sachsen zu unterbinden. Diesem Schritt hat sich auch der Landesausschuß der Deutschnationalen Volkspartei angeschlossen. Wie verlautet, sind über den sachlichen und örtlichen Umfang der Aufhebung des Ausnahmezustandes noch keinerlei Anordnungen beschlossen worden. Was die Deutschnationalen aber als entscheidend für die Beibehaltung des Ausnahmezustandes erachten, das wäre der Umstand, daß die Umbildung der sächsischen Landespolizei noch nicht vollendet und damit eine ausreichende Sicherheit besonders für die kleineren Orte des Landes noch nicht gewährleistet sei. Dabei werden die bekannten Ereignisse von Hohenstein-Ernstthal, Schwarzenberg, Alberoda und Plauen von neuem angeführt, um die Notwendigkeit der Beibehaltung des Ausnahmezustandes zu erweisen.

Der Wahlkreisverband Ostsachsen der Deutschen Volkspartei hat ein Telegramm an den Reichskanzler gerichtet, in dem es heißt: „Jüngste kommunistische Unruhen in Sachsen, Bombenattentate, Aufruhr, Anschläge lassen bei vorzeitiger Aufhebung des Ausnahmezustandes neue Schädigung der sich langsam beruhigenden sächsischen Gesamtbürgerschaft befürchten."

Der Landesausschuß für die sächsischen Handwerker wird beim Reichswirtschaftsminister und beim Reichswehrminister vorstellig mit einem Telegramm, aus dem folgender Satz hervorzuheben ist: „Bei Aufhebung des Ausnahmezustandes Gefährdung der Lebensmittelversorgung, Plünderungen, erhöhte Arbeitslosigkeit unvermeidbar."

Der Verband sächsischer Industrieller hat sich direkt an General v. Seeckt gewandt und erklärt, man befürchte in Sachsen schwere Störungen des eben sich langsam wieder einrichtenden Wirtschaftslebens.

Der „Bürgerausschuß für vaterländische Kundgebungen" in Dresden hat die gleichen Vorstellungen beim Reichspräsidenten und beim Reichswehrminister erhoben. Dieser Ausschuß tut sich jetzt überhaupt ganz besonders hervor: Er hat es auch für notwendig erachtet, an den Reichskanzler ein Schreiben zu richten, worin der Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Frankreich und Belgien gefordert wird. Nach einer an verschiedenen außen- und innerpolitischen Maßnahmen werden die Wünsche des Bürgerausschusses in folgenden Sätzen zusammengefaßt: „Wir erhoffen von der Reichsregierung kraftvolles, der deutschen Würde genügendes Auftreten gegen die äußeren Feinde, rücksichtslose Strenge gegen kommunistische, Volk und Staat gefährdende innere Feinde. Wir fordern von ihr Unterstützung aller Bestrebungen, die auf Befreiung Deutschlands aus den Sklavenfesseln von Versailles hinzielen. Schwächliche Nachgiebigkeit und das Außerachtlassen der Rücksichten auf unsere Würde, die wir uns in unserem Unglück wahren wollen, müssen wir aber mit aller Kraft bekämpfen."

Aus der PDD Leipzig

So gut wie vollzählig war der Gesamtvorstand der Deutschen Demokratischen Partei für Leipzig und Umgebung am Freitag abend zu einer Sitzung versammelt, die Angelegenheiten der Organisation wie auch solche der politischen Einstellung betraf. Mit lebhafter Befriedigung wurde die Mitteilung des Generalsekretärs begrüßt, daß die Einrichtung der Sonntags-Besprechungen in der Geschäftsstelle beibehalten werden solle und daß beabsichtigt sei, zu bevorstehenden bedeutsamen Gedenktagen Persönlichkeiten aus der geistigen Elite der deutschen Demokratie als Festredner zu gewinnen. Als Zeitpunkt für die Hauptversammlung wurde ein Tag zwischen dem (nach den bisherigen Dispositionen am 6. April in Weimar abzuhaltenden) Parteitag und den Reichstagswahlen gewünscht; die endgültige Festsetzung bleibt der Organisationsleitung vorbehalten. Zur Teilnahme an dem Parteitag sind auf Grund ihrer Aemter oder Funktionen berechtigt: Reichstagsabgeordneter Prof. Goetz, Finanzminister Dr. Reinhold, Landtagsabgeordneter Claus, Studienrat Dr. Richter, Gewerkvereinssekretär Sauer, Verbandsdirektor Josef Reif und Generalsekretär Ehrich; als stimmberechtigte Delegierte des Leipziger Vereins wurden von der Versammlung bestimmt: Frau Stadtverordnete Edith Mendelssohn-Bartholdy, Fabrikbesitzer Hugo Graf, Fräulein Walpurg Scharfe, Oberpostsekretär Liermann, Rechtsanwalt Dr. v. Stolzenberg, Frau Marta Keßler, Stadtverordneter A. Lehmann, Direktor Otto Weber, Dr. S. Steinberg und Gewerkschaftssekretär Vogel.

Die Grundlage für die politische Aussprache lieferte Prof. Goetz mit Darlegungen über die Situation, die der Reichstag beim Wiederzusammentritt vorfindet. Der Ueberzeugung des Referenten, daß an den gesetzgeberischen Produkten des Ermächtigungsgesetzes vieles zu rügen sei, pflichteten die Diskussionsredner rückhaltlos bei, wie sich in der Versammlung überhaupt eine erfreuliche Einheitlichkeit der politischen Auffassung ergab. Man war sich einig in der Genugtuung über das Ende des Ausnahmezustandes und auch darin herrschte völlige Uebereinstimmung, daß überall dort, wo — wie beim Beamtenabbau und in der Frage der Aufwertung — wider Treu und Glauben verstoßen oder das Gebot der sozialen Gerechtigkeit mißachtet worden sei, im Rahmen des Möglichen baldigst Abhilfe geschaffen werden müsse. Die Deutsche Demokratische Partei brauche wegen ihrer Eigenschaft als derzeitige Mitträgerin der Reichsregierung keinesfalls auf das Recht der Kritik zu verzichten; je freimütiger sie von diesem Gebrauch mache und je entschlossener sie sich vor der Oeffentlichkeit zu ihren Grundsätzen bekenne, mit desto besseren Aussichten — so formulierte ein Schlußwort Dr. Richters die allgemeine Ansicht — werde sie in die Wahlschlacht ziehen. B—l.

Der Fall Zeigner

Dresden, 15. Februar. Der parlamentarische Untersuchungsausschuß, der von dem Landtag eingesetzt worden ist zur Prüfung der amtlichen Verfehlungen des früheren Ministerpräsidenten Dr. Zeigner, wird, wie verlautet, an der Leipziger Hauptverhandlung gegen den ehemaligen Ministerpräsidenten teilnehmen. Bis dahin ruhen die Sitzungen des Untersuchungsausschusses und sie sollen erst nach der Urteilssprechung in der Angelegenheit Zeigner wieder aufgenommen werden.

Die sächsische Gemeindekammer

Dresden, 16. Februar. (Eig. Tel.) Der Ministerpräsident hat den Landtag ersucht, die Wahlen der Beisitzer für die Gemeindekammer baldigst vorzunehmen. Die Gemeindekammer ist bekanntlich in der neuen Gemeindeordnung vorgesehen. Während die Wahl der elf Beisitzer durch den Landtag zu erfolgen hat, wird der Vorsitzende durch das Ministerium des Innern ernannt. Da die Tätigkeit des Vorsitzenden nur eine nebenamtliche ist, kommt für diesen Posten ein juristischer und möglichst auch kommunalpolitisch vorgebildeter Ministerialbeamter in Betracht. Der Minister des Innern wird den Ministerialdirektor Dr. Schulz zum Vorsitzenden der Gemeindekammer ernennen.

Dem japanischen Konsul in Wladiwostock wurde eine Note der Sowjetregierung überreicht, in der erklärt wird, daß angesichts der Erfolglosigkeit der wiederholten Vorschläge der Sowjetregierung an die japanische Regierung für die Wiederaufnahme normaler Beziehungen, die Sowjetregierung die Notwendigkeit eines Sichaufhaltens japanischer offizieller Funktionäre auf Sowjetboden nicht einsehe, um so weniger, als dies nicht auf Gegenseitigkeit beruhe.

Frauen und Völkerbund

Von der Stimmrechtsbewegung zur politischen Mündigkeit der Frau und zur Mitarbeit an der Lösung innen- und außenpolitischer Fragen — das ist der Weg, den heute die Frauen der meisten Kulturstaaten durchlaufen haben.

Auch die Organisation des Völkerbundes konnte die Frauen nicht unberücksichtigt lassen, und der Artikel 7, § 2 des Völkerbundes gibt beiden Geschlechtern das Recht zur Mitarbeit im Völkerbund und an seinen verschiedenen Abteilungen. Vor allem fordert das Internationale Arbeitsamt (Art. 389 und 427) die Mitarbeit der Frauen.

Es ist in Deutschland fast unbekannt, daß die angeschlossenen Länder Frauen als Delegierte zu den Spezialkommissionen des Völkerbundes entsenden, und daß dort für die Allgemeinheit wichtige Arbeit geleistet wird. Bisher wurden durchschnittlich sechs bis acht weibliche Delegierte an den Völkerbundsversammlungen in Genf gezählt, und in den Spezialkommissionen, die zur Behandlung allgemeiner sozialer und Erziehungsfragen eingesetzt sind, war die Zahl der Frauen ungefähr die gleiche.

Es ist keineswegs Zufall, daß fast alle Delegierte nicht allein in der sozialen Arbeit erprobt sind, sondern vor allem in der internationalen Verständigungsarbeit sich auszeichneten. Soziale Probleme, Frauenfragen, Erziehungsfragen werden von diesen völkerversöhnenden Gedanken durchsetzt.

Durch die Völkerbundarbeit wird offenbar, daß wir heute nahezu alle sozialen und erzieherischen Fragen nur in internationaler Zusammenarbeit lösen können. Infolge der augenblicklichen Isolierung Deutschlands wird jenes Moment vielfach unterschätzt. Die geringe Popularität des Völkerbundgedankens in Deutschland, der Mangel an politischer Schulung der Frauen, vor allem in internationalen Fragen, tragen dazu bei, daß die deutsche Frau ohne jede Orientierung über die Zukunftsmöglichkeiten des Völkerbundes und seiner Förderung durch die Mitarbeit der Frauen bleibt. Anders in England, wo der Völkerbundgedanke populärer ist und die Frauen erkennen, welche Mission in der gemeinsamen Arbeit mit den Vertretern und Vertreterinnen anderer Nationen ihnen zufällt. Auch in seinem heutigen Anfangsstadium gilt dort der Völkerbund als Mittel zur Förderung sozialen und menschlichen Fortschrittes. Die führenden Frauenvereinigungen haben sich in England zu einem „Council for the Representation of Women in the League of Nation" (Rat für die Frauenvertretung im Völkerbund) zusammengeschlossen. Die große Jahresversammlung unter dem Vorsitz von Helen Ward behandelte die hauptsächlichen Fragen der Zukunftsarbeit und stellte an die englische Regierung unter anderem die Forderung, dafür zu wirken, daß die Frauen nicht nur neben den männlichen Delegierten an den Sitzungen teilnehmen, sondern eine vollständig akkreditierte Delegation von Frauen zur nächsten Völkerbundversammlung, sowie zur nächsten Arbeitskonferenz entsenden können.

Als Delegierte an den Völkerbundversammlungen können nur Frauen teilnehmen, die in ihrem Lande das Stimmrecht und die Wählbarkeit besitzen, während die im eignen Lande politisch rechtlosen Frauen nur als sachverständige Beraterinnen in Betracht kommen. Es ist ohne weiteres klar, daß sich in der Arbeit dieser letzteren Gruppe bedenkliche Widersprüche und eine innere Zwiespältigkeit ergeben müssen, die auch durch die intensivste Anteilnahme nicht ausgeglichen werden können.

Der Anhang des Handbuches „Le Suffrage des Femmes en Pratique", das unter der Redaktion von Frauen verschiedener Länder vor kurzem in der Schweiz erschienen ist, behandelt die Tätigkeit der Frauen, die bis jetzt als Vertreterinnen ihrer Regierungen oder als technische Beraterinnen am Völkerbund oder an einer seiner Spezialkommissionen delegiert sind.

Gerade heute, wo die Frage der Stellungnahme zum Völkerbund in Deutschland aufs neue aktuell geworden ist, ergibt sich für die politisch interessierte Frau manches neue Problem, an dessen Lösung mitzuarbeiten ihre Aufgabe wäre.

Ein alter Trick

Paris, 16. Februar. (Eig. Tel.) Das „Echo de Paris" veröffentlicht eine von halbamtlicher Stelle inspirierte Note, wonach es wahrscheinlich ist, daß in einer der nächsten Sitzungen die Botschafterkonferenz sich von neuem mit der Wiederaufnahme der Abrüstungkontrolle durch die interalliierte Militärkommission in Berlin befassen wird. Seit der Wiederaufnahme der Kontrolle im Dezember seien alle Nachprüfungen im Einverständnis mit der deutschen Regierung unternommen worden. Es scheine, daß sie alle wirkungslos gewesen seien. Die deutschen Behörden hätten immer, da sie vorher Bescheid wußten, rechtzeitig die bestehenden Unregelmäßigkeiten verborgen. Nach dem Urteil der französischen Regierung sei nunmehr, da die öffentliche Ordnung in Deutschland wieder hergestellt sei, die Stunde gekommen, auf die frühere, geheime Methode zurückzugreifen, um überhaupt Inspektionen zu unternehmen. Die Beratungen der Botschafterkonferenz würden beginnen, sobald der englische Vertreter die notwendigen Instruktionen erhalten habe. Man glaube jedoch zu wissen, daß zwischen General Nollet und seinem englischen Kollegen das Einverständnis über die zu befolgende Route vollständig sei.

Frankfurt a. M., 16. Februar. (Eig. Tel.) Nach einer Moskauer Meldung äußerte Litwinow, Rußland lehne es ab, mit Frankreich irgendwelche Verhandlungen ohne vorherige Anerkennung anzuknüpfen. Die Beziehungen zu Italien und England genügten Rußland, um seine Rohstoffe abzustoßen und sich mit Industrieprodukten zu versorgen. Für Rußland existiere keine Anerkennungsfrage mehr, und die Hoffnung, durch Nichtanerkennung wirtschaftliche Konzessionen herauszuschlagen, sei Irrtum.